

SCHUETTRINGEN

Demokratie posthum

Der Streit um den Schulausbau in Münsbach dauert an. Mit einem Referendum will die Opposition nun ihre Einwände untermauern.



Maquette des Valentiny-Entwurfs zur Münsbacher Schulerweiterung.



Eine echte Sommerpause dürfte den PolitikerInnen der Schüttringer Gemeinde dieses Jahr wohl kaum vergönnt sein. Denn der Streit um die Schulerweiterung geht in die nächste Runde. Mit einem Referendum will die "CSV-Onofhängeg-Schëttrenger-Bierger-Opposition" die Bevölkerung nun selbst entscheiden lassen, ob der Ausbau des Schulkomplexes auf dem umstrittenen Platz an der Hauptstraße geschehen soll oder auf einem weiter nach hinten versetzten Grundstück etwas außerhalb der Dorfmitte. Die für den 29. September angesetzte Bevölkerungsbefragung ist der vorläufige Endpunkt einer jahrelangen Auseinandersetzung, die in den vergangenen Monaten immer polemischer geführt wurde.

"Wir haben unser großes Ziel, die Bürger zu informieren und mit in den Entscheidungsprozess einzubeziehen, erreicht", freut sich Henri Rodesch von der CSV. Die DP-LSAP-Mehrheit im Gemeinderat hatte den Vorschlag des politischen Gegners vom 15. Mai dieses Jahres, die Bevölkerung zu dem strittigen Bauprojekt des renommierten Architektenbüros Hermann & Valentiny anzuhören, zunächst mit sechs zu vier Stimmen abgelehnt. Vier Tage bevor auf einer Gemeinderatssitzung endgültig über das Bauvorhaben abgestimmt werden sollte, reichten die vier oppositionellen Schöffen René Hellers (CSV), Christian Krier (Onofhängeg), Marc Lamesch (Schëtter Bierger) und Henri Rodesch einen Antrag für ein Referendum ein. Erst als am 26. Juli die erforderlichen Unterschriften beisammen waren, kam es zu einem Sinneswandel.

Man wolle das Referendum abwarten, bevor definitiv entschieden würde, verkündete Bürgermeister Jean-Pierre Kauffmann (DP) auf einer eilig einberufenen Pressekonferenz am Donnerstagabend. Den Vorwurf, sowohl Opposition als auch die Bevölkerung zu wenig über die Planung des 12,6 Millionen Euro teuren Ausbaus informiert zu haben, wies Kauffmann jedoch zurück. "Ich bin sicher, die Mehr-

heit der Bevölkerung steht hinter dem Projekt", sagte er gegenüber der woxx und äußerte seinerseits scharfe Kritik am Verhalten der politischen Gegner. Diese hätten mit Falschinformationen Bürgern zum Unterzeichnen der Unterschriftenliste bewegt.

In der Tat weist die Internetseite www.schetterklack.lu der vier Gemeinderäte einige Unschärfen auf. So heißt es dort, dass der "wichtigste, öffentliche Platz definitiv verloren geht" und "viele praktische Parkplätze" verschwinden. Doch das Valentiny-Projekt sieht einen doppelt so großen Park- und Festplatz (28 statt wie bisher 14 Ar) vor - wenngleich um einige Meter versetzt.

Richtig ist auch, dass Gemeinderat Henri Rodesch im Mai 1993 unter dem Bürgermeister Jean-Donat Calmes als 1. Schöffe seine Zustimmung zur "transformation du parking devant le Centre Culturel" sowie zum "réhabiliter le front bâti de la rue Principale par de nouvelles constructions" gegeben hatte. Allerdings, und das wurde bislang verschwiegen, ausdrücklich provisorisch und unter Berücksichtigung des Dorfcharakters ("aptes à confirmer le caractère central de la localité").

Zu teuer und zu massiv

Auch wenn Rodesch und seine Kollegen den Schulausbau grundsätzlich befürworten und beteuern, nichts gegen moderne Architektur zu haben - mit dem Valentiny-Entwurf können sie sich trotzdem nicht anfreunden. Zu teuer, zu groß, sagen sie. Und: Das Dach, welches die dringend benötigte Kindertagesstätte, Vorschule, kleine Turnhalle und Klassenräume zu einem Komplex verbinden und die Fassade vor schlechter Witterung schützen soll, falle zudem mit seinen 4.000 Quadratmetern viel zu massiv aus. Eine Kritik, die hinter vorgehaltener Hand auch von anderen Architekten zu hören ist. Ob die Kinder wegen des überstehenden Daches allerdings wirklich den ganzen Tag über bei künstlichem Licht

lernen oder spielen müssen, ist noch nicht ausgemacht. Laut Architekturbüro steht die licht-energetische Prüfung noch aus, zudem seien genügend Lichtschächte und viel Fensterglas vorgesehen.

Dass der Entwurf Schwachstellen aufweist, darauf deutet ein Brief aus dem Familienministerium hin, welcher der woxx vorliegt. In dem Schreiben vom 18. Juni an den Schöffenrat wird bemängelt, dass "malheureusement les plans de la structure d'accueil combinée ne tiennent compte ni des dispositions légales et réglementaires ni des conseils et recommandations fournies à l'architecte par le représentant de mon service des foyers de jour pour enfants aux réunions de concertation." Der ministerielle Beauftragte habe "eine andere architektonische Sprache" gesprochen", heißt es dazu lapidar aus dem Architekturbüro. Auf der Pressekonferenz des Bürgermeisters wurde diese kritische Passage verschwiegen und lieber lediglich auf den grundsätzlich positiven Bescheid hingewiesen. Auf Nachfrage der woxx wollte oder konnte sich der zuständige Sachbearbeiter im Familienministerium auch nicht mehr an das Schreiben erinnern ...

Genau diese Informationslücken beziehungsweise Desinformationen aber sind Anlass für die wachsende Kritik an der Gemeindeführung.

"Wir sind enttäuscht", sagt Julie Smit. "Uns wurde vom Schöffenrat zugesagt, dass wir konsultiert werden, das ist aber bis heute nicht geschehen." Wie die Opposition bemängelt auch die Vorsitzende der Umweltkommission aus Schüttringen "fehlende Vergleichsmöglichkeiten" und den "Ausschluss der Bürger und Bürgerinnen aus dem Entscheidungsprozess".

Bürgermeinung egal?

Juristisch gesehen allerdings kann der Schöffenrat mit der Mehrheit der Stimmen des Gemeinderates ein Bauprojekt auch gegen Vorbehalte von Kommissionen, gegen den erklärten Willen der Opposition, ja, sogar gegen ein Referendum (hat wie die Kommissionen lediglich konsultativen Charakter) durchsetzen. Schon deshalb dürfte der Brief, den die gegnerischen Schöffen vor wenigen Tagen an den Innenminister schickten und in dem sich diese über die fehlende Ausschreibung des millionenteuren Projekts beschwerten, kaum Aussicht auf Erfolg haben.

Dennoch: Ein "concours d'idées" mit verschiedenen Architekten, wie er beispielsweise beim Bau der Schüttringer Schule Ende der 80er unter dem Schöffenrat Jean-Donat Calmes, Henri Rodesch und Jean-Pierre Kauffmann veranstaltet wurde, hätte, so die einhellige Meinung der KritikerInnen, den Auseinandersetzungen von vornherein die Schärfe nehmen können. Die Opposition wird, das hat sie jedenfalls angekündigt, die demokratische Entscheidung des Referendums respektieren - egal, wie sie ausfällt. Es wird sich zeigen, ob dies auch für die liberal-sozialistische Mehrheit gilt

Ines Kurschat

Symbol 22. September

"En ville, sans ma voiture" - unter diesem Motto steht der 22. September. Die LuxemburgerInnen sollen dann möglichst auf ihr Auto verzichten und sich zu Fuß oder mit dem Fahrrad fortbewegen. Für "Déi Jonk Gréng" besitzt das Datum Symbolcharakter. Der 22. September sei ein Tag, den es nach einer Pressemitteilung der jungen Grünen zu respektieren gilt. Bildet er doch den autofreien Höhepunkt der "Semaine européenne de la mobilité". Diese beginnt am 16. September. Nun hat Eugène Berger, Staatssekretär im Umweltministerium, ausgerechnet für diesen Tag ein Rennen zur Trial-Weltmeisterschaft genehmigt, wohl-gemerkt in Ettelbrück, das nicht nur seit mehr als 50 Jahren Motocross-Rennen austrägt, sondern auch Mitglied des Luxemburger Klimabündnisses ist - für "Déi Jonk Gréng" ein Affront. Doch nicht genug: Am selben Tag soll im Préizerdaul ein Wettbewerb im "Traktor Pulling" stattfinden. Zu viel der Provokation, sagen sich die Grünen, wird bei der Veranstaltung doch CO₂ in Massen produziert, und das in einer Gemeinde, deren Bürgermeister M. Calmes auch noch Präsident der Umweltkommission in der Chamber ist.

Genua ein Jahr danach

Am 20. Juli des vergangenen Jahres wurde der 23jährige Carlo Giuliani während des G 8-Gipfels in Genua auf der Piazza Alimonda erschossen. Ein Jahr danach trafen sich mindestens 100.000 Menschen in der norditalienischen Küstenstadt zu einer Gedenkundgebung. Ein Wochenende lang gab es Aktionen in der ganzen Stadt. Fotoausstellungen und Dokumentarfilme erinnerten an die Ereignisse, als 300.000 GlobalisierungsgegnerInnen in Genua auf die Straße gegangen waren. Ein Toter, rund 200 Verletzte und 300 Festnahmen lautete damals die Bilanz.

Ein Jahr später gibt es noch immer viele Fragen über die Hintergründe der Ereignisse während des Gipfels. Bisher mussten erst drei hohe Polizeibeamte ihr Amt aufgeben. Immerhin laufen inzwischen gegen mehr als 100 weitere Beamte Ermittlungsverfahren wegen der Vorfälle in der Diaz-Schule. Dass das Beweismaterial gegen die GlobalisierungskritikerInnen von der Polizei gefälscht wurde, ist mittlerweile evident. Polizeipräsident Gennaro sah sich gezwungen, polizeinterne Ermittlungen aufzunehmen. Während in Genua des Todes von Carlo Giuliani gedacht wurde, organisierte die postfaschistische Alleanza Nazionale (AN) ein Treffen mit Polizisten, die in Genua verletzt wurden.

Stromliberalisierung: Umstrittener Gemeinderatsbeschluss

Kurzfristig war der soziale Sprengstoff, den die Umsetzung der Stromliberalisierung in der Stadt Luxemburg beinhaltet, entschärft worden. Laut Angaben der Gemeindeführung hatte das Innenministerium bis dahin die Überführung des Stromnetzes in eine privatrechtliche Struktur verlangt, zusätzlich zu den Diensten für Einkauf und Verkauf. Nun sollten nur Letztere in eine AG umgewandelt werden. Bei der Gemeinderatssitzung am vorigen Freitag erhielten Gewerkschaften und Opposition dennoch ihre Forderung aufrecht, die Entscheidung zu vertagen. Sie ließen sich nicht davon überzeugen, dass absolute Dringlichkeit geboten sei und erneuerten ihre Befürchtungen, am Ende werde die AG aus öffentlichen in private Hände übergehen. So wurde die Überführung gegen die Stimmen sämtlicher Oppositionsparteien beschlossen.

Vor allem die Grünen mochten das nicht hinnehmen: Das Vorgehen der Gemeinderatsmehrheit habe es an Transparenz und Dialog fehlen lassen, teilten sie in einem Communiqué mit. Weil die relevanten Dokumente erst drei Tage vor der Sitzung zugänglich waren und zu Anfang der Sitzung eine neue Textfassung vorlag, haben sie beim Innenministerium eine Annullierung des Beschlusses beantragt.